

893 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 25. Jänner 1973,
betreffend ein Bundesgesetz über die Entschädigung bestimmter
Vermögensverluste in Italien samt Anlagen

Der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der
Italienischen Republik zur Regelung finanzieller und vermögens-
rechtlicher Fragen vom 17. Juli 1971 sieht als Globalentschädigung
für die im Jahre 1939 durch Enteignungen von Liegenschaften auf
italienischem Gebiet entstandenen österreichischen Verluste einen
Betrag in der Höhe von 30 Millionen Schilling und als Entschädigung
für nicht abgelöste Anteilsrechte an Agrargemeinschaften im
Kanaltal einen Betrag in der Höhe von 5 Millionen Schilling vor.
Mit dem vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates sollen
nunmehr die für die Entschädigung im einzelnen erforderlichen
Regelungen getroffen werden. Da sämtliche in Betracht kommende
Enteignungsfälle bereits erfaßt sind, konnten die Entschädigungs-
werte der seinerzeit enteigneten Liegenschaften und der Anteils-
rechte der Höhe nach bereits in das Gesetz selbst aufgenommen
werden.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner
Sitzung vom 30. Jänner 1973 in Verhandlung genommen und mit
Stimmenmehrheit beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen
Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß
somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 25. Jänner
1973, betreffend ein Bundesgesetz über die Entschädigung bestimmter
Vermögensverluste in Italien samt Anlagen, wird kein Einspruch
erhoben.

Wien, am 30. Jänner 1973

Hermine K u b a n e k
Berichterstatter

S e i d l
Obmann